

PRESSEINFORMATION

Erfurt, den 06.05.2008

Scheringer-Wright: Weg mit MON 810 – für Sicherheit und Umweltschutz

Der Landtag beschäftigt sich in dieser Woche mit dem Antrag der LINKEN „Maßnahmen gegen die Gefahren von transgenem Mais MON 810 ergreifen“. Dieser werde trotz langer Tagesordnung auf jeden Fall abgearbeitet, da ein großes öffentliches Interesse bestehe, informiert Dr. Johanna Scheringer-Wright, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

„Eine Mehrheit für unseren Antrag, wäre ein gutes Signal für das Image Thüringens als grünes Herz Deutschlands, für die touristische Vermarktung unseres Landes und den Artenschutz. Wir wollen die Landesregierung dazu bringen, alle Handlungsmöglichkeiten gegen den transgenen Mais MON 810 auszuschöpfen. Das schließt sowohl das Tätigwerden gegenüber den für die Abwehr von Gentech-Gefahren zuständigen Landesbehörden ein, als auch die notwendigen Schritte auf Bundes- und Europaebene, um dort möglichst schnell zu einem Verbot von MON 810 zu kommen“, so die Abgeordnete weiter. Zwar habe das Land politische und rechtliche Möglichkeiten, es fehle der CDU-Regierung aber offensichtlich am politischen Willen.

In der Region um Schmölln, wo die Agrarprodukte GmbH trotz massiver Bürgerproteste immer noch am Anbau des riskanten Mais MON 810 festhalte, sei dieser noch nicht ausgesät. „Wenn nun vom Landtag das Signal kommt, dass die Landesregierung rechtliche Möglichkeiten gegen diesen Maisanbau ausschöpfen soll, dann werden auch die beiden Schmöllner Agrarchefs ein Einsehen haben“, hoffen Dr. Scheringer-Wright und die LINKE-Abgeordnetenkolleginnen aus der Region. Zudem könnten dann auch die Schutzgebiete um Straußfurt, Friemar und Dachwig besser gesichert werden, wo auf relativ kleinen Flächen Sortenversuche mit dem umstrittenen Mais MON 810 laufen sollen, ist die agrarpolitische Sprecherin sicher.

Sie appelliert an die Abgeordneten der CDU, sich auf ihr christliches Gewissen und die Bewahrung der Schöpfung zu besinnen. Ein Vorbild könne die hessische CDU sein, die zumindest dafür gestimmt hatte, Monsanto aufzufordern den Maisanbau in Wabern-Niedermöllrich aufzugeben. SPD, Grüne und LINKE hatten in der gleichen Sitzung des hessischen Parlaments von der geschäftsführenden Landesregierung ein Aktionsprogramm zu gentechnikfreier Landwirtschaft in Hessen gefordert.